

Mangel an Hausärzten in Deutschland verschärft sich

Schon heute fehlen in vielen Teilen des Landes Allgemeinmediziner. Bis 2040 wird sich die Situation aber noch erheblich verschlechtern. In bestimmten Regionen droht eine akute Unterversorgung

Es ist ein ehrgeiziges Vorhaben der schwarz-roten Koalition: Besuche beim Facharzt sollen künftig nur noch mit einer Überweisung vom Hausarzt möglich sein – dafür aber mit Termingarantie. Das erklärte Ziel von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU): Medizinisch nicht notwendige Facharztbesuche sollen reduziert und so die Wartezeiten für alle Patienten verkürzt werden. So weit die Theorie des im Koalitionsvertrag vorgesehenen „Primärarztsystems“.

SABINE MENKENS

In der Praxis aber dürfte sich der Plan kaum umsetzen lassen, wie aus neuen Berechnungen des Barmer Instituts für Gesundheitssystemforschung und der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. Denn bis zum Jahr 2040 wird sich die in einigen Regionen jetzt schon prekäre Versorgungssituation weiter zuspitzen, wie die Erhebung „Zukunftsperspektiven für die hausärztliche Versorgung“ zeigt. Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung gab es Ende 2024 noch 55.000 Hausärztinnen und Hausärzte – wobei jedes Jahr zwischen 1700 und 1900 von ihnen aus Altersgründen ausscheiden, Tendenz deutlich steigend. Bisher hätten die zwischen 1800 und 2000 Neuzulassungen diese Lücke gerade so schließen können, so die Studie. „Es ist jedoch absehbar, dass die demografische Entwicklung nicht nur zu einer Alterung der Patientinnen und Patienten und somit zu einer höheren Nachfrage nach hausärztlicher Versorgung führt.

Gleichzeitig erreichen immer mehr Ärzte ein Alter, in dem sie ihre Versorgungsleistung nicht mehr im gleichen Maße erbringen können oder wollen.“ Zudem sei ungewiss, ob der hausärztliche Nachwuchs bereit sein werde „die aktuell üblichen und oft sehr langen Arbeitszeiten beizubehalten“. Für ihre Prognose befragten das Barmer Institut und die Bertelsmann Stiftung daher zu nächst 3700 Hausärzte nach ihrem aktuellen und gewünschten Arbeitsleben und recheneten die Personalentwicklung und die Bedarfe der alternden Bevölkerung hoch. Da einige Ärzte Teilzeit arbeiten, wurden Angebot und Bedarf zur besseren Vergleichbarkeit in sogenannte „Vollzeitäquivalente“ umgerechnet.

Nach dieser Berechnungsmethode ist derzeit von einer Hausärzterversorgung in Höhe von 51.407 „Vollzeitäquivalenten“ auszugehen. Bis 2040 wird sich diese Zahl auf 45.492 reduzieren – einerseits durch eine Verringerung der Hausärzteschaft um 1278 Personen, andererseits durch eine geringere wöchentliche Arbeitszeit: Im Schnitt wollen die befragten Ärzte 3,3 Stunden pro Woche weniger arbeiten. Gleichzeitig aber steigt der

tens angleichen“, heißt es in der Studie. Ursächlich hierfür sei die demografische Entwicklung, die sich in West- und Ostdeutschland in unterschiedlichen Phasen befindet. „Während in Ostdeutschland ein hoher Versorgungsbedarf durch eine alternde Bevölkerung bereits heute erreicht ist und gleichzeitig viele Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand gegangen sind, folgt der Westen dieser Entwicklung bis zum Jahr 2040.“

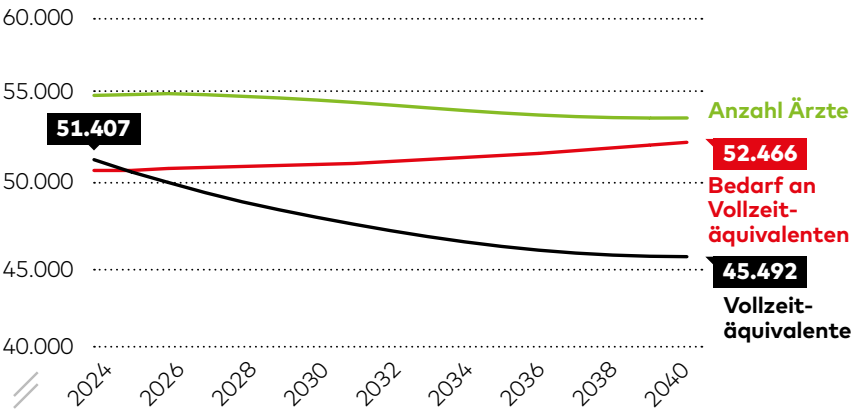
Die Situation wird demnach im Jahr 2040 nicht mehr so stark von Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland, sondern vor allem von einem Stadt-Land-Gefälle geprägt sein. Gerade im ländlichen Raum, wo die Bevölkerung besonders stark altert, sei der medizinische Nachwuchs rar. „Entsprechend dieser Vorhersage weisen gerade die ländlichen Räume und kleine bis mittlere Gemeinden ein hohes Unterversorgungsrisiko auf“, heißt es in der Analyse. Als Unterversorgung gilt demnach eine Versorgungsrelation von unter 75 Prozent. Im Jahr 2040 werden den Berechnungen zufolge etwa 2,1 Millionen Menschen in Deutschland ein hohes Unterversorgungsrisiko von über 90 Prozent haben und weitere 6,2 Millionen ein Unterversorgungsrisiko von über 50 Prozent, wenn keine geeigneten Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Um die schlimmsten Verwerfungen zu beheben, wäre der Analyse zufolge eine geringfügige gezielte Steuerung des hausärztlichen Nachwuchses nötig. „Bereits eine Umsteuerung von circa drei Prozent des hausärztlichen Nachwuchses in die Regionen mit dem höchsten Bedarf würde eine flächendeckende Unterversorgung verhindern“, schreiben die Autoren. In Zahlen wären das 650 Ärztinnen und Ärzte, die sich in strukturschwachen Regionen ansiedeln müssten. Bei einer Umsteuerung von zehn Prozent des ärztlichen Nachwuchses, also von etwa 2500 Ärztinnen und Ärzten, wären demnach sogar „gleichwertige Lebensverhältnisse in Bezug auf die hausärztliche Versorgungslage“ möglich. Viel wird also darauf ankommen, ob es in den nächsten Jahren durch Anreizsysteme wie Landarztprogramme gelingt, dass ländliche Regionen nicht abgehängt werden.

„Angesichts dieser Zukunftsaussichten ist das im aktuellen Koalitionsvertrag formulierte Ziel eines Primärarztsystems nur schwer umsetzbar“, bilanzieren die Autoren. Ohne weitere Strukturreformen ließe sich ein solches System aufgrund der damit zusätzlich steigenden Nachfrage nach Hausärztinnen und Hausärzten „allenfalls in großen Städten“ umsetzen, so das Fazit. „Ein globales Versorgungskonzept, das auch strukturschwache Räume berücksichtigt, ist es jedoch

Hausärzte: Zahl der Personen und rechnerische Vollzeitstellen

Prognose zu Bedarf und Angebot



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Barmer Institut für Gesundheitssystemforschung (bifg)

WELT

Bedarf an hausärztlichen Leistungen von derzeit 50.750 auf 52.466 Vollzeitäquivalente. Die Versorgungsrelation aus Angebot und Bedarf verschlechtert sich den Berechnungen zufolge also von derzeit 101 Prozent auf 87 Prozent.

Doch das ist nur die deutschlandweite Durchschnittsbetrachtung. Blickt man in einzelne Regionen, dürfte die Versorgungslage teilweise noch deutlich schlechter ausfallen. Im Osten des Landes, wo die Versorgungslage schon heute angespannt ist, wird sie sich bis 2040 weiter verschlechtern. „Der Westen Deutschlands hingegen, der heute noch eine überwiegend gute Versorgungslage aufweist, wird sich dem Niveau des Os-

nicht.“ Zudem seien die Probleme in der hausärztlichen Versorgung nicht allein durch eine bessere Steuerung der ärztlichen Kapazitäten zu lösen.

Wichtig seien beherzte Reformen, etwa die Schaffung multiprofessioneller Gesundheitszentren und die Auslagerung von Versorgungsbereichen, die heute noch dem Arztvorbehalt unterliegen, an medizinische Fachkräfte, schlagen die Autoren vor. „Letzten Endes ist der politische Wille erforderlich, die Versorgung berufs- und sozialrechtlich breiter aufzustellen und professionsübergreifende Angebote zeitgemäß und bedarfsgerecht zu organisieren.“



Stephan Grünewald ist Gründer des Rheingold Instituts

MARINA ROSA WEIGL

„Viele treten den Rückzug ins private Schneckenhaus an“

Wer anstrengend ist oder eine andere Meinung hat, wird aussortiert: In Deutschland greift eine Wagenburg-Mentalität um sich. Das stellt Psychologe Stephan Grünewald fest. Viele äußerten ihre Meinung deshalb nicht mehr. Das berge enorme Risiken für die Gesellschaft

Stephan Grünewald, 64, ist Psychologe und Gründer des Rheingold Instituts für qualitative Markt- und Medienanalysen. Zudem arbeitet er als Sachbuchautor. Vom 3. April 2020 bis zur Auflösung im Juni 2021 war Grünewald Mitglied im Expertenrat Corona im Bundesland Nordrhein-Westfalen.

SABINE MENKENS

WELT: Herr Grünewald, in Ihren tiefenpsychologischen Interviews ergründen Sie seit vielen Jahren die deutsche Seele. Anders als zur Zeit der Wiedervereinigung vor 35 Jahren ist der Blick in die Zukunft derzeit wenig verheißungsvoll. Wie erleben Sie die Verfassung der Menschen?

STEPHAN GRÜNEWALD: Von gesellschaftlicher Aufbruchstimmung oder gar einem visionsfreudigen Blick in die Zukunft ist derzeit nichts zu spüren. Die Menschen spielen auf Halten, wie in der Nachspielzeit eines Fußballspiels. Angesichts der vielfältigen Krisen um uns herum hoffen sie, die vertrauten Zustände noch einmal für ein paar Monate aufrechterhalten zu können. Das Stimmungsbild ist gewissermaßen vom Blick in den Rückspiegel geprägt. Gleichzeitig erleben wir auch eine wachsende Ohnmacht. Die Dauerkrisen haben mittlerweile eine Art Zombie-Qualität. Sie werden als ewige Wiedergänger erlebt. Viele reagieren darauf mit Verdrängung.

WELT: Sie haben Ihr neues Buch „Wir Krisenakrobaten“ genannt. Welche individuellen Krisenbewältigungsstrategien haben Sie ausgemacht?

GRÜNEWALD: Viele treten den Rückzug in das private Schneckenhaus an und spannen den Verdrängungsvorhang vor die bedrohliche Außenwelt. Sie schauen auch weniger Nachrichten, weil der ständige Blick in den Krisenabgrund für sie verstörend ist. Stattdessen finden sie ihre Kraftquelle in der Pflege der privaten Wohlfühllose, manche auch in der Selbstoptimierung des eigenen Körpers. Diese zentrale Rückzugsstrategie ist natürlich erst mal entlastend. Andererseits schimmert die Krisenwelt noch durch den Verdrängungsvorhang durch und wirkt dadurch erst recht diffus und gruselig.

WELT: Wer sich von der Welt zurückzieht, vermeidet ja auch die Auseinandersetzung mit eben jener Welt – und mit differierenden Ansichten und Lebenswelten. Eine Gefahr für die Demokratie?

GRÜNEWALD: In der Tat beobachten wir auch im Sozialen eine Art Wagenburg-Mentalität. Es entstehen soziale Bollwerke von Gleichgesinnten. Die Menschen berichten uns, dass sie all diejenigen, die anstrengend sind oder eine andere Meinung haben, aussortieren. Das schafft erst mal Homogenität, ist aber langfristig gefährlich – weil man nicht mehr im Gespräch ist und der Perspektivwechsel ausbleibt. Das ist eine unheilvolle Tendenz, denn die verschiedenen Blasen driften immer stärker auseinander und entwickeln so eine Radikalisierungstendenz. In unserer Verbundenheitsstudie vom Frühsommer hatten fast neun von zehn Befragten das Gefühl, in einer entzweiten Gesellschaft zu leben.

WELT: Wie kann es gelingen, wieder in Kontakt zu treten?

GRÜNEWALD: Jeder ist aufgerufen, seine private Komfortzone zu verlassen und auch wieder mit Leuten, die anders denken, ins Gespräch zu kommen. Und zwar am besten nicht allein in den sozialen Medien, weil man da immer in eine Verkürzungs- oder Zuspitzungslogik gerät, die für andere kränkend ist. Wir brauchen wieder eine respektvolle Streitkultur. Danach gibt es eine große Sehnsucht: In der erwähnten Verbundenheitsstudie haben 79 Prozent gesagt, es bräuchte mehr verbindende Anlässe und Begegnungsräume, wo man wieder zueinanderfinden kann.

WELT: Viele Menschen haben das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Steckt dahinter nicht eher die Angst, für die eigene Meinung kritisiert zu werden?

GRÜNEWALD: Ja. Dieses Phänomen beschreiben uns vor allem junge Leute. Sie haben das Gefühl, dass sie schnell Gegenwind bekommen, wenn sie Position beziehen – dass sie gedist, gecancelt oder gehostet werden und so einem schleichenden sozialen Tod entgehen. Viele äußern ihre Meinung daher gar nicht mehr. Sie entwickeln eine Art Tarnkappenstrategie und kaschieren ihre Positionen, um nicht angreifbar zu sein. Das ist nicht nur für die Demokratie problematisch, sondern führt auch zu einer gestauten Ausdrucksbildung, die total ungesund ist. Viele entwickeln psychosomatische Symptome, Unruhezustände, Schlafstörungen oder depressive Verstimmungen.

WELT: Sie sind ein vehementer Verfechter eines sozialen Pflichtjahres für junge Menschen. Warum?

GRÜNEWALD: Das soziale Pflichtjahr oder Wehrdienst schaffen eine Art Nachstudium im Sozialen, weil man sich nicht allein im stillen Kämmerlein mit ChatGPT unterhält, sondern mit komplett anderen Lebenswirklichkeiten in Berührung kommt. Im Grunde greift das soziale Pflichtjahr den Gedanken der Lehr- und Wanderjahre auf. Es ist für Entwicklung, Toleranz und Verbundenheit wichtig, mal sein Dorf zu verlassen und seinen engen Horizont zu überschreiten.

WELT: Überraschenderweise zeigen Umfragen, dass die Menschen trotz der krisenhaften Zuspitzung um sie herum eine hohe persönliche Zuversicht haben, was ihr persönliches Umfeld angeht. Ist das nicht ein Widerspruch?

GRÜNEWALD: Nein. Die Maximierung der persönlichen Zuversicht gelingt ja gerade durch die Minimierung des Gesichtskreises. Ich halte es für wichtig, diesen Abschottungstendenzen entgegenzutreten. Ich plädiere auch dafür, das Homeoffice wieder zu limitieren, weil es die Leute von ihren Kollegen und der Welt da draußen entfremdet. Wenn man zu häufig im Homeoffice sitzt, ist das wie zu lange in einer körperwarmen Badewanne zu sitzen. Irgendwann spürt man sich selbst nicht mehr, weil die Reibung und die Auseinandersetzung fehlt – und auch der gemeinsame Werkstolz.

WELT: Die Ampel-Regierung ist auch deshalb abgewählt worden, weil sie innerlich zerstritten war und das Aufbruchsversprechen, an das viele geglaubt haben, nicht einlösen konnte. Kann die neue Bundesregierung mehr Zuversicht verbreiten?

GRÜNEWALD: Die Ampel wurde vor allem als zänkisch erlebt – und Zank ist im Gegensatz zum echten Streit destruktiv. Es gab daher bei der Bundestagswahl eine große Sehnsucht nach einer richtungsgebenden Geschlossenheit. Probleme sollen klar benannt und Handlungsdirektiven aufgezeigt werden – auch wenn es wehtut. Schwarz-Rot sollte deshalb aufpassen, nicht auch in diesen zänkischen Modus zu verfallen.

WELT: Die AfD ist zweistärkste Kraft im Bundestag. Sie sprechen davon, dass die Brandmauer inzwischen zur Stauwand geworden ist. Inwiefern?

GRÜNEWALD: Wir haben hier ein Dilemma. Aus der geschichtlichen Logik ist die Brandmauer richtig. Aber wenn diesseits der Brandmauer bei den demokratischen Parteien ständig dicke Luft ist, führt das zu einem Erstickungstod der Demokratie.

Die Brandmauer würde nur funktionieren, wenn es gelänge, eine richtungsgebende Geschlossenheit an den Tag zu legen. Wenn die Bürger das Gefühl haben, dass Reformen nicht gelöst werden, dann wird die Brandmauer zur Stauwand. Dann bekommen die Menschen das Gefühl, das jenseits der Brandmauer Leute sitzen, die es womöglich besser hinbekommen. Und dann wird die Brandmauer womöglich irgendwann obsolet, weil ein Regieren ohne die AfD nicht mehr möglich sein wird.

WELT: Welchen Anteil haben die in der Corona-Krise gemachten Ohnmachtserfahrungen an der fundamentalen Vertrauenskrise des Staates?

GRÜNEWALD: Einen großen. Wobei wir unterscheiden müssen zwischen der Primär-Ohnmacht angesichts der Bedrohung durch ein unbekanntes Virus und der Sekundär-Ohnmacht angesichts der staatlichen Maßnahmen. Am Anfang sind die Menschen eher zusammengedrückt. Es gab einen engen Schulterschluss von Politik, Wissenschaft, Journalismus und Bürgern. Doch mit zunehmender Dauer der Pandemie wuchs der Widerstand. Während die einen noch in ihrer Primär-Ohnmacht gefangen waren und eher zum Team Vorsicht gehörten, empfanden die anderen Lockdowns und Masken als Stubenarrest und Maulkorb und die Politiker als die eigentlichen Gefährder. Das hat einen Spaltplatz in die Gesellschaft getrieben und das Misstrauen in den Staat befördert.

WELT: Wir erleben derzeit in vielen Teilen der Welt eine Renaissance des Autoritären, etwa auch in den USA. Welche Heilserwartungen haben die Menschen an Politiker wie US-Präsident Donald Trump?

GRÜNEWALD: Aus meiner Sicht erleben wir hier ein Rückgriff auf ein totemistisches Stammesdenken. Für seine Anhänger ist Trump eine Art Totemtier – nämlich der Elefant, der ja auch das Wappentier der Republikaner ist. Indem er sich wie ein Elefant gebärdet, macht Trump sich nicht nur selbst groß, sondern verspricht auch, das Land großzumachen. Da mögen aufklärerisch gesinnte Menschen sich noch so sehr darüber mokieren, dass Trump trampelt, trompetet und die Tatsachen torpediert: Für seine Anhänger entspricht dieses Verhalten der Logik des Totemtiers und wird als stimmig erlebt.

WELT: Bei den jüngsten Wahlen war festzustellen, dass junge Männer zunehmend konservativ bis rechts wählen, junge Frauen hingegen eher der Linken zuneigen. Vorboten eines neuen Geschlechterkampfes?

GRÜNEWALD: Die jungen Männer erleben derzeit eine starke Umbewertung des männlichen Rollenmodells. Sie erleben mit Trump das Modell des alten Machos, mit Putin den eiskalten Vollstrecker und mit Selenskyj den militärischen Kämpfer und Volkstribun. Das Idealbild des neuen, weichen Mannes gerät international unter Druck. Junge Männer sind derzeit wieder deutlich anfälliger für klassische Männlichkeitsideale. Das gute Abschneiden der Linkspartei bei den jungen Frauen ist meines Erachtens auch auf die Person Heidi Reichlinnek zurückzuführen. Da stellt sich eine Frau hin und redet Tacheles – ohne Rücksicht auf Verluste und ohne Angst, sich angreifbar zu machen. Das erleben junge Frauen als sehr entlastend.

WELT: Sie haben in Ihrem Buch das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten angeführt, mit ihrem Wahlspruch: „Etwas Besseres als den Tod findest du überall“. Inwiefern kann die Geschichte dieser vier alten Tiere Mut machen?

GRÜNEWALD: Der Sprung ins Ungewisse funktioniert nur, wenn wir der Verbundenheit vertrauen. Das letzte Mal haben wir diese kraftvolle Verbundenheit in der Energiekrise erlebt: Durch die gemeinsame Sparanstrengung aller Bürger und das zupackende Handeln der Politik konnte verhindert werden, dass uns das Gas ausgeht. Verbundenheit braucht aber einen sicheren Rahmen und eine individuelle Öffnungsbereitschaft. Dazu gehört auch, mit seiner Meinung einmal zurückzustehen und anderen zuzuhören. Und was vielleicht das Wichtigste ist: Um Verbundenheit zu erleben, braucht man ein gemeinsames Schicksal.

WELT: Müssen erst russische Panzer an der deutschen Grenze stehen, damit die Menschen wieder zusammenstehen, überspitzt gesagt?

GRÜNEWALD: Es braucht entweder eine starke gemeinsame Bedrohung oder die Einsicht in die Notwendigkeit politischer Großvorhaben wie etwa die Reform der Rente. Die Bremer Stadtmusikanten hatten zwei verbindende Schicksale: Alle vier Tiere waren vom Tod bedroht, und sie hatten eine gemeinsame Vision: zusammen als Musikanten einen Neuanfang zu wagen.

Stephan Grünewalds neues Buch „Wir Krisenakrobaten“ erscheint am 9. Oktober bei Kiepenheuer und Witsch.